

Wie weiter mit den Uni-Streiks?

Wir haben mit den Streiks, Demos und Besetzungen zumindest für Aufmerksamkeit gesorgt. Jetzt müssen die Aktionen koordiniert werden, um das HRG zu verhindern.

★ **Erster Schritt wäre ein umfassender bundesweiter Streik an allen Hochschulen**

★ **Dafür ist der Aufbau von Aktionskomitees an allen Hochschulen und deren bundesweite Vernetzung nötig**

★ **Um die Koordination zu verbessern, sollte schnell eine bundesweite Konferenz zur Organisation des Widerstandes und zur Diskussion über Alternativen in der Bildungspolitik stattfinden. Es sollten Delegierte auf den Vollversammlungen für diese Konferenz gewählt werden**

★ **Eine bundesweite Streikleitung sollte gewählt werden**

Gemeinsam kämpfen!

Wir Studierende stehen nicht allein. Auch Azubis und SchülerInnen haben keine rosige Zukunft vor sich. Die Gewerkschafts-Jugend organisiert in vielen Städten für den 5. oder 6. 12. Aktionstage für Ausbildungsplätze. Es sollten Verbindungen geknüpft werden, um die Proteste zu verbinden und gemeinsam zu kämpfen. In Kassel ist für den 5. 12. schon eine gemeinsame Demonstration von Studierenden, SchülerInnen und Azubis geplant.

Von den Unis sollten Delegationen zu Schulen und Ausbildungsbetrieben gehen, um die SchülerInnen und Auszubildenden zu informieren und zu gemeinsamen Aktionen zu ermutigen.

Auch die Beschäftigten in Schulen und Hochschulen sind Opfer der Kürzungspolitik. Das Ausbluten und die anschließende Privatisierung der Studentenwerke werden zu Arbeitsplatzvernichtung und Verschlechterung von Arbeitsbedingungen führen. Deswegen müssen wir uns mit den KollegInnen zusammenschließen. Vollversammlungen und ASTen sollten gegen die Privatisierungen und Einschränkungen bei den Studentenwerken Stellung nehmen.

Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Mach mit bei der SAV

- Ich möchte Mitglied werden
- weitere Informationen bekommen
- die Monatszeitung **VORAN** abonnieren (10 Ausgaben 25 DM)

Name

Adresse

Ort

Telefon

Anrufen, Informieren und Mitmachen:
Telefon: (02 21) 13 45 04 oder Fax: (02 21) 13 72 80 oder e-mail: savbund@aol.com

Preis:
0,20 DM

Studium, Ausbildung und Arbeit für alle!

Studieren ohne wohlhabende Eltern war noch nie leicht. Das neue Hochschulrahmengesetz (HRG) räumt mit solch Luxus endgültig auf. Die „Autonomie“ des HRG ist die Autonomie der Hochschulen, zu entscheiden, wen sie als Studierenden haben wollen, wen sie runterschmeißen und in welcher Höhe sie von uns Studiengebühren kassieren wollen.

„Das neue HRG bietet viel mehr Entscheidungsfreiheit“, meinen die Politiker. Richtig: da Bund und Länder so frei sind, dem Bildungswesen noch mehr Gelder zu kürzen, sind die Unis frei, sich ihr Geld marktwirtschaftlich zu besorgen und sich sponsern zu lassen. Wir Studierende können dann frei entscheiden, ob wir im mit staatlichen Almosen notdürftig zusammengehaltenen geisteswissenschaftlichen Bereich den Kampf um die knappen Sitzplätze im Hörsaal aufnehmen – um uns für den Beruf des Taxifahrers zu qualifizieren – oder ob wir zukunftsorientiert an der Daimler-Uni Stuttgart wissenschaftlich belegen, daß die Autos der A-Klasse doch prima sind oder an der Kölner Uni die Ungefährlichkeit von Gentechnologie nachweisen.

Der „Standort Deutschland“, sprich die Konzer-

ne, brauchen keine allseitig qualifizierte Jugend. Sie wollen eine Minderheit von gut ausgebildeten Spezialisten, denen die Treue zur Firma möglichst



schon in Schule und Uni eingepaukt wird. Hilfreich ist natürlich, wenn diese Glückspilze schon vom Elternhaus auf Elite getrimmt sind und man ihnen nicht erst die sozialen Flausen austreiben muß.

Und sie brauchen ein großes Heer von flexiblen

SAV

Sozialistische Alternative



(lat. für biegsam) Arbeitskräften, die durch den Staat zwar eine Grundausbildung finanziert bekommen, sich aber schon während der Schule und der Uni ans Jobben gewöhnen – um danach genauso weiterzumachen.

Wo ist das Geld geblieben?

„Die Kassen sind leer, der Staat muß sparen“, nun müßten auch die Studierenden ran. So ganz leer können die Kassen nicht sein, denn für ihre Lieblingsprojekte haben rechte Politiker immer noch Geld übrig.

So erhöhte der Berliner Senat die Zuschüsse für die private Europäische Wirtschaftshochschule EAP um 1,3 auf 5,5 Millionen DM. Dort wird eine Eliteausbildung für 500 Studierende organisiert. Ntt

Nepper, Schlepper, Bauernfänger

Herzog betont die Wichtigkeit der Bildung, Rüttgers äußert Verständnis für die Streiks, die FDP will gar mehr Gelder für die Unis beantragen. Auf einmal haben sie es schon immer gewußt: die Lage an den Hochschulen ist problematisch. Man müsse mehr für uns tun. Wenn die Mächtigen uns helfen wollen, ist Vorsicht angesagt. Diese regierenden Politiker sind für die Kürzungen zuständig, sie haben diese Situation herbeigeführt. Ihre Krokodilstränen sollen jetzt dazu dienen, die Zweitteilung der Unis in verhätschelte Eliteinstitute und auszublutende Massenunis schneller durchzusetzen.

nur geistige Tiefflieger werden gefördert. Der Eurofighter ist das teuerste Rüstungsprojekt in der Geschichte der BRD. Offiziell werden die Kosten auf 30 Milliarden DM geschätzt, das wäre der gesamte Bildungs- und Forschungsetat für zwei Jahre. Allein mit diesem Geld wäre das gesamte Bildungssystem einen großen Schritt weiter. Eine elternunabhängige Mindestsicherung für alle Studierenden von 1500 DM im Monat würde lediglich 34,2 Milliarden DM im Jahr kosten, abzüglich der enormen Verwaltungskosten für die Bafög-Auszahlung.

Allerdings sind die öffentlichen Kassen leer. Sie sind systematisch geplündert worden. Die „Bewacher“ dieser Kassen wie Finanzminister Waigel haben den Plünderern dabei geholfen. Banken und Konzerne haben sich aus der Finanzierung der Sozialkassen verabschiedet. ArbeitnehmerInnen tragen jetzt faktisch 70% (statt 50%) der Krankenversicherung. Die Unternehmenssteuern sind seit 1980 um 50% gesunken. Die Reichen sind immer reicher geworden. 2,7% der Haushalte in Deutschland verfügen über ein Gesamtvermögen von 2780 Milliarden DM, fast das gesamte Sozialprodukt eines Jahres.

Marktwirtschaft

Marktwirtschaft im Bildungswesen: Wer Geld hat, darf in Ruhe studieren. Wer noch mehr Geld hat, darf entscheiden, was die anderen studieren. Marktwirtschaft im Gesundheitswesen: ohne Knete keine Zähne. Marktwirtschaft im Umweltschutz: nach uns die Sintflut, was sind die Enkel von morgen gegen die Börsennotierung von heute. Die Marktwirtschaft hat abgewirtschaftet. Die Herrschaft des Profits und der Konkurrenz zerstört die sozialen und demokratischen Errungenschaften. Unsere Gesundheit, unsere Bildung, unsere

Umwelt, unsere Arbeit werden den Interessen weniger Kapitalbesitzer untergeordnet. Immer weniger Menschen können immer mehr Produkte herstellen. Das müßte eigentlich dazu führen, daß immer mehr Mittel für Bildung, Ausbildung, Gesundheit und Umweltschutz zur Verfügung gestellt werden. Doch der Reichtum wird nur von einer Minderheit angeeignet. Die großen Konzerne und Banken erhöhen ihre Profite, indem sie unsere Arbeitskraft immer stärker nutzen und die öffentlichen Kassen plündern.

Das ist kein vorübergehendes Problem, wir befinden uns auf einer Rutsche des Sozialabbaus. Solange Kohl, Rüttgers, Herzog und die Arbeitgeberfunktionäre über uns bestimmen, wird sich daran nichts ändern. Ihre „Lösungen“, im Bildungswesen und anderswo, bedeuten, daß die Masse zahlen soll, um die Profite der wirtschaftlich Herrschenden zu sichern. Gegenwehr ist möglich! Durch ihre Streiks haben die ArbeiterInnen und Jugendlichen in Frankreich Löhne gesichert und Kürzungen an den Unis verhindert und letztlich die konservative Regierung Juppe gestürzt. Die sozialdemokratische Regierung dort steht von Beginn an unter Druck. Allerdings werden auch diese Erfolge wieder



bedroht sein. Deshalb kämpft die SAV für eine sozialistische Demokratie, in der nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird. Wir wollten, daß der enorme Reichtum, den wir alle erarbeiten, zum Nutzen aller eingesetzt wird. Nicht die Profitaussichten der Konzerne dürfen die Produktion bestimmen. Wirtschaft und Gesellschaft müssen neu organisiert und demokratisch und ökologisch geplant werden, unter der Kontrolle der Beschäftigten. Bildungswesen und Wissenschaft würden in einer sozialistischen Gesellschaft nicht nur Zulieferer für die Konzerninteressen sein, sondern umfassend gefördert werden.

Bildungspolitik ohne Kohl und Konzerne!

Jetzt sollen auf einmal die Gelder lockergemacht werden, um die Uni-Bibliotheken zu renovieren. Das zeigt, daß unsere Streiks und Demonstrationen Rüttgers und Co. Sorgen machen. Aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir drängeln uns mit 2 Millionen in Unis, die für knapp 1 Million ausgelegt sind. Berlin und Baden-Württemberg haben schon begonnen, Studiengebühren einzuführen. Immer weniger bekommen Bafög, zur Zeit nur noch 15%, durchschnittlich nur 649 DM, wovon natürlich keiner leben kann. Zwei Drittel von uns müssen nebenbei jobben. Das ist bisher kein Zuckerschlecken gewesen. Das HRG würde dies noch einmal entscheidend verschlechtern. Deswegen meinen wir: Das neue HRG muß weg! Außerdem muß bundesweit festgeschrieben werden, daß Studiengebühren nicht erlaubt sind. Das alleine wird jedoch nicht ausreichen. Die Ausstattung der Unis und unsere materielle Lage müssen sofort verbessert werden. Wir kämpfen daher für eine elternunabhängige Grundsicherung für alle Studierenden in Höhe von 1500 DM in

West und Ost. Alle Kürzungen im Universitätsbereich müssen zurückgenommen werden. Fachbereiche und Fakultäten dürfen nicht geschlossen werden. Wir lehnen private Gelder für öffentliche Schulen und Hochschulen ab. Stattdessen müßten Rüstungsprojekte gestoppt und das Geld von den Reichen genommen werden. Wir lehnen die Vergabe öffentlicher Gelder an private Schulen und Hochschulen ab. Mit einem massiven Ausbau der Universitäten und Fachhochschulen könnten Seminar- und Vorlesungsstärken gesenkt, bauliche Mängel behoben und arbeitslose DozentInnen eingestellt werden. Unsere Bildung dürfen wir nicht Rüttgers, Kohl und den Konzernen überlassen. Wir brauchen Demokratie an den Hochschulen. Wir treten daher für das Recht auf das allgemeinpolitischen Mandats der Studierendenvertretungen und für die Wahl einer Hochschulleitung durch Studierende und Hochschulangestellte aus ihrer Mitte mit gleichberechtigten Entscheidungsrechten ein.